

Die Weimarer Republik in der deutschen Demokratiegeschichte

Veranstalter: Forschungsstelle Weimarer Republik, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Weimarer Republik e.V.

Datum, Ort: 21.08.2017–23.08.2017, Jena

Bericht von: Sebastian Elsbach / Marcel Böhles, Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Unter der Leitung von Michael Dreyer (Jena) und Andreas Braune (Jena) fand vom 21. bis zum 23. August 2017 eine Konferenz für den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Weimarer Republik statt. Die von der Forschungsstelle Weimarer Republik der Universität Jena gemeinsam mit dem Verein Weimarer Republik e.V. organisierte Tagung präsentierte aktuelle Forschungen von jungen Historiker/innen und Politikwissenschaftler/innen, aber auch Vertretern anderer geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Das dreitägige Treffen in der Europäischen Jugendbegegnungsstätte in Weimar stand unter der Überschrift „Die Weimarer Republik in der deutschen Demokratiegeschichte“ und war bereits die zweite derartige Nachwuchstagung der Jenaer Forschungsstelle. Vorrangiges Ziel war es dabei, aktuelle Forschungsarbeiten – die zum Teil abgeschlossen, zum Teil noch in der Erarbeitung sind – vorzustellen und dabei Einblicke in die unterschiedlichen Fragestellungen und Herangehensweisen zu erhalten. Die rund 20 teilnehmenden Nachwuchswissenschaftler, die sich mit der Geschichte der Weimarer Republik, ihren politischen Ideen und politischen Institutionen sowie mit entscheidenden Akteuren und einzelnen Politikfeldern beschäftigen, hatten damit die Chance, drei Tage in intensivem Austausch zu verbringen. Wie bereits im vergangenen Jahr betonten die Teilnehmer den Charakter der Weimarer Republik als Epoche der Chancen und Herausforderungen und nicht ausschließlich der Krisen und der bloßen „Vorgeschichte“ zur NS-Diktatur.

Dass der zeitliche „Blick über den Tellerand“ der Weimarer Republik bei der Konferenz gewährleistet war, wurde bereits im ersten Panel unter dem Titel „Parlamente und

Parteien“ deutlich. In diesem stellten PHILIPP ERBENTRAUT (Frankfurt am Main) und JÖRN RETTERATH (München) ihre aktuellen Forschungsprojekte vor. Erbentraut befasste sich mit der Epoche des Vormärz und beleuchtete darin den Parteiendiskurs. Abweichend von der bisherigen Forschungsmeinung eines traditionellen Anti-Parteien-Affekts präsentierte Erbentraut Ergebnisse, die quer durch alle politischen Lager Befürworter des modernen Parteigedankens im vormärzlichen Deutschland ausmachen. Bei seiner ideengeschichtlichen Forschung erweiterte Erbentraut seinen Blick auf zahlreiche Denker und Publizisten aus der „zweiten und dritten Reihe“. Mit dem so erheblich erweiterten Quellenkorpus plädierte Erbentraut für eine deutlich differenziertere Sichtweise auf die vermeintlich nur auf Konsens bedachte Epoche. Im Gegensatz dazu betonte Retterath bei der Vorstellung seines Projekts zur Wahrnehmung von Parlamentarismus und Demokratie in der Weimarer Republik die scharfe Kritik der politischen Mitte an „Parteihafter“ und parlamentarischem „Gezänk“. Die Überwindung der vermeintlichen Zerrissenheit sei nie nur ein Anliegen der politischen Extreme gewesen, sondern habe auch stets auf der Agenda der politischen Mitte gestanden. Das weit verbreitete Unverständnis für Parteienanliegen und interessengeleitete Politik habe seine höchste Ausformung in der Sehnsucht nach der „Volksgemeinschaft“ gefunden – ein keineswegs nur von Nationalsozialisten verwendeter Begriff, wie Retterath unterstrich.

Im zweiten Panel berichtete PAUL LUKAS HÄHNEL (Siegen/Düsseldorf) über seine noch im Anfangsstadium befindliche Studie über die parlamentarischen Verflechtungen im deutschen Kaiserreich. Die auf seiner Dissertation aufbauende Arbeit ist eine quantitative und qualitative Bestandsaufnahme, inwieweit Mitglieder des Reichstags als Landtagsabgeordnete auch die Politik in den Gliedstaaten mitbestimmen. Hähnel kam nach einer ersten Auswertung der Daten von den knapp 5.000 MdR des Kaiserreichs zu dem Schluss, dass es eine erhebliche personelle Verschränkung gegeben hat, wofür er mehrere Beispiele mit deren Auswirkungen anführte. Doppelmandate seien folglich ein

konstitutives Element der parlamentarischen Praxis des Kaiserreichs gewesen und ein integraler Bestandteil von dessen politischer Kultur. Im folgenden Beitrag befasste sich FELIX SELGERT (Bonn) mit dem Zusammenwirken von Akteuren der Zivilgesellschaft und Parlament bei der politischen Willensbildung. Anhand des von ihm vorgestellten Beispiels aus seinem Habilitationsprojekt (Regulierung des Aktienrechts 1871-1945) stellt Selgert die These auf, der politische Entscheidungsprozess in Sachfragen sei im Kaiserreich bereits weit demokratischer gewesen als gemeinhin angenommen. Im abschließenden Vortrag des ersten Tages präsentierte ANDREAS BEHNKE (Bonn) seine kürzlich abgeschlossene Masterarbeit über den gemäßigt konservativen Publizisten und Juristen Georg Quabbe und dessen Hauptwerk „Tar a Ri“. Durch den Vortrag und die anschließende Diskussion wurde deutlich, dass sich Quabbe keineswegs ohne weiteres in die Schublade eines typischen Vertreters der „konservativen Revolution“ einordnen lässt.

Den zweiten Tag eröffnete TIMO WALZ (Berlin) mit der Vorstellung seiner Forschungen zu linken Anwälten in der Revolution 1918-1920. Walz untersucht in seiner Arbeit das Wirken und den Handlungsspielraum der vier prominenten Berliner Anwälte Oskar Cohn, Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld und Siegfried Weinberg. Die vier Juristen hatten eine große Zahl von Inhaftierten des Spartakus- und des Märzauflands verteidigt und dabei teilweise überraschende Erfolge erzielt. In der folgenden Diskussion kam unter anderem die Frage auf, ob sich ein historischer Vergleich mit den prominenten RAF-Anwälten der 1970er-Jahre lohnen könnte. ALEX BURKHARDT (St. Andrews) präsentierte in seinem Vortrag die Ergebnisse seiner Fallstudie zum Aufstieg und Niedergang der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in der oberfränkischen Stadt Hof an der Saale. Burkhardt ging darin den Gründen nach, die nach dem Wahlerfolg von 1919 zum raschen Zusammenbruch und zur Marginalisierung der linksliberalen Partei geführt hatten.

Eine sprachwissenschaftliche Studie zur Weimarer Republik stellte SEBASTIAN GRÄB (Würzburg) vor. In seiner Arbeit zum Sprachgebrauch paramilitärischer Kampf-

bünde analysierte Gräb mit aufwändigen, softwaregestützten Methoden die Presseorgane mehrerer Verbände (Reichsbanner, Roter Frontkämpferbund, SA, Stahlhelm, Bayernwacht) für die Zeit von September 1932 bis Januar 1933. Es zeigte sich, dass alle Verbände einen erstaunlich ähnlichen, militärisch geprägten Wortschatz verwendeten und vermeintliches „NS-Vokabular“ in allen Lagern in Gebrauch war. FLORIAN SCHREINER (Würzburg/Potsdam) präsentierte sein Dissertationsvorhaben, das auf seiner 2016 mit dem Matthias-Erzberger-Preis ausgezeichneten Bachelorarbeit fußt. Darin beschäftigte sich Schreiner mit der Demokratierezeption an deutschen Hochschulen der Weimarer Republik. Konkret ging es im Vortrag um die zivil-militärische Kooperation zwischen Reichswehr und den Universitäten in den Jahren von 1918 bis 1923. Schreiner arbeitete heraus, wie sich Universitäten bereitwillig den Zielen des Militärs unterordneten und die bereits im Weltkrieg erprobte Zusammenarbeit nahtlos fortsetzten. Auch wenn die Verbände zum Schutz der Republik eingesetzt wurden, ging dies bei einer Vielzahl von Studenten und Professoren mit einem extrem reaktionären und demokratie-feindlichen Weltbild einher.

Der Vortrag von NIKOLAS DÖRR (Bremen) behandelte die Thematik kriegsversehrter Soldaten als (sozial-)politische Herausforderung der jungen Republik. Dörr erläuterte die enorme Bedeutung der Kriegsopferversorgung in den ersten Nachkriegsjahren und stellte die politisch unterschiedlich verorteten Interessenverbände vor. Angesichts des Bevölkerungsverlusts und signifikant niedriger Geburtenraten habe Deutschland schon in der Weimarer Republik eine aktive Bevölkerungspolitik betrieben, die nach 1933 ihre radikalisierte Fortsetzung gefunden habe. Sozialpolitik sei somit nicht immer Ausdruck eines fortschrittlichen Wohlfahrtsstaats, sondern könne auch aus klar offensiven und revanchistischen Motiven begründet werden. Daran anknüpfend präsentierte OLIVER GAIDA (Berlin) sein Promotionsprojekt zum Umgang mit Armut in der Metropole Berlin während der Weimarer Republik – damals die drittgrößte Stadt der Welt. Gaida widmet sich in seiner Dissertation speziell der Sozial- und Jugend-

fürsorge von 1920 bis zum Mauerbau 1961. Insbesondere anhand der Quellen aus Berliner Jugendämtern untersucht er den Umgang mit von „Verwahrlosung“ bedrohten Jugendlichen. Trotz eines insgesamt restriktiven Umgangs habe es erste Anstrengungen hin zu einer reformpädagogischen Ausrichtung gegeben, an die die junge Bundesrepublik später anknüpfen konnte.

Ein sehr umfassendes Promotionsvorhaben legte BIRGIT BUBLIES-GODAU (Bochum) mit ihrer geplanten Biographie zu Jakob Venedey (1805-1871) vor. Der linksliberale Jurist, Publizist und Politiker (unter anderem Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung 1848) wurde zum Begründer einer bis heute fortbestehenden Familiendynastie von linksliberalen Politikern und Juristen in Konstanz. So war zum Beispiel Venedeys Sohn Martin der führende Kopf der Konstanzer DDP während der Weimarer Republik. Bublies-Godau steht dank jahrelanger Recherchen ein riesiger Quellenkorpus zur Verfügung, den sie für ihre Biographie nutzen möchte. Einen konservativen Vordenker beleuchtete SEBASTIAN LIEBOLD (Chemnitz) in seinem Vortrag zu Arnold Bergstraesser (1896-1964). Im Mittelpunkt von Liebolds Ausführungen stand dessen Werk über „Staat und Wirtschaft Frankreichs“, eine viel beachtete Landeskunde, in der auch die französischen Sicherheitsinteressen gegenüber Deutschland thematisiert wurden.

Den Auftakt zum dritten und letzten Konferenztag gestaltete ANNE FRIEDERIKE OTTO (Bochum) mit der Vorstellung ihres Dissertationsvorhabens zu „Schule und Demokratie im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik“. In der auf reichem Quellenmaterial beruhenden Arbeit wird sie dabei der Leitfrage nachgehen, inwiefern der Übergang zur Demokratie 1918/19 auch auf der schulischen Ebene verwirklicht wurde: Welche Vision einer demokratischen Gesellschaft schwebte den Schulpolitikern vor? Welche konkreten Neuerungen brachte der Regimewechsel? Inwieweit erfuhren die Kinder aus der Arbeiterschaft eine Aufwertung? In der Diskussion betonten mehrere Teilnehmer außerdem die Wichtigkeit von personeller Kontinuität als entscheidendem Faktor im Schulwesen. TI-

MO LEIMBACH (Erfurt) referierte anschließend über seine abgeschlossene Dissertation zur Entstehung und Entwicklung des Landes Thüringen in der Weimarer Republik. Die 1920 erfolgte Fusion von sieben Vorgängerstaaten zum Land Thüringen bildete die einzige bedeutende territoriale Reform der Weimarer Zeit. In der vorgestellten Arbeit behandelte Leimbach nicht nur die schwierige und von Anschlussplänen Preußens überschattete Anfangszeit, sondern auch die Position Thüringens im Krisenjahr 1923 sowie die unruhmlische Rolle als erstes Land mit einer NSDAP-Regierungsbeteiligung (1930-31).

MARLEN ARNOLDS (Bonn) befasste sich aus einer literaturwissenschaftlichen Perspektive mit dem sprachlichen Umgang mit der Weimarer Republik in der Nachkriegszeit. Für die so von ihr entwickelte Begriffsgeschichte bezog sie Kulturzeitschriften aus der frühen BRD und DDR ein. Arnolds konnte u.a. zeigen, dass mit der Verwendung bestimmter organischer oder mechanistischer Begriffe in Bezug auf die Weimarer Republik („Haus“, „Notbau“, „Pflanze“, „Krankheit“ usw.) die jeweilige Interpretation des Geschehens wenn nicht vorweggenommen, so doch maßgeblich bedingt wurde. Anschließend präsentierte THOMAS SCHUBERT (Potsdam) seine Überlegungen zum geschichtsphilosophischen Begriff des (geistigen) deutschen Bürgerkriegs 1918-1989. Während in konkurrierenden begrifflichen Interpretationsversuchen zur Zeit der Weltkriege bzw. zum 20. Jahrhundert die Weimarer Republik höchstens eine geringe oder sekundäre Beachtung findet, plädiert Schubert dafür, die Teilnahme eines liberal-demokratischen Lagers an diesem Bürgerkrieg wahrzunehmen und diesen Konflikt nicht auf den Gegensatz NS/Faschismus-Kommunismus zu reduzieren. Dies mache natürlich auch eine klarere Begriffsbildung erforderlich.

Im abschließenden Vortrag von RONNY NOAK (Jena) ging es um dessen Promotionsvorhaben zur Schulungsarbeit der Weimarer Parteien und deren (Nach-) Wirken in der Bundesrepublik. Durch den mit mehreren Beispielen illustrierten Beitrag machte Noak deutlich, dass zwischen der Schulungsarbeit der Weimarer Jahre und derjenigen der politischen Stiftungen nach 1949 eine hohe perso-

nelle und inhaltliche Kontinuität vorhanden war. Auch für die bürgerlichen Parteien, die sich nur zaghaft bis gar nicht zu ihren Weimarer Vorläuferparteien bekannten, lässt sich eine ungebrochene Tradition der politischen Bildungsarbeit konstatieren.

Die Nachwuchstagung konnte wie schon im vergangenen Jahr ihre Erwartungen erfüllen und stieß bei allen Teilnehmern auf ein sehr positives Echo. Der intensive fachliche und informelle Austausch – auch über Fachgrenzen hinaus – brachte eine Vielzahl neuer Ideen und Anregungen. Neben der Interdisziplinarität wirkte der Umstand besonders reizvoll, dass Beiträge aus sehr unterschiedlich fortgeschrittenen Arbeitsphasen präsentiert wurden – von abgeschlossenen Dissertationen bis hin zu ersten Projektskizzen.

Konferenzübersicht:

GRÜßWORTE (Andreas Braune, Michael Dreyer)

TEIL 1: Parlament und Parteien

„Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen...“? Parteiendiskurs und deutsche Demokratiegeschichte im Vormärz (Philipp Erbenraut)

„Volksgemeinschaft“ statt „Parteihader“. Die Kritik aus der politischen Mitte von Weimar an Parteien, Interessen und Parlamentarismus (Jörn Retterath)

Parlamentarische Verflechtungen im Kaiserreich – eine quantitative und qualitative Bestandsaufnahme (Paul Lukas Hähnel)

Zivilgesellschaft und Parlament in der politischen Willensbildung: Das Beispiel der Regulierung des Aktienrechts, 1871-1945 (Felix Selgert)

Georg Quabbe und die Idee einer torydemocracy in der Weimarer Republik (Andreas Behnke)

TEIL 2: Akteure und Politikfelder der Revolution und Weimarer Republik

Linke Anwälte in der Revolution 1918-1920 (Timo Walz)

The Rise and Fall of the German Democratic Party in Hof-an-der-Saale, 1918-1920 (Alex Burkhardt)

Der Sprachgebrauch paramilitärischer Kampfbünde in der Weimarer Republik

(Sebastian Gräß)

„Mit der nationalen Idee unvereinbar“ – Demokratierezeption an den Hochschulen der Weimarer Republik (Florian Schreiner)

Kriegsversehrte Soldaten als (sozial)politische Herausforderung in der Weimarer Republik (Nikolaus Dörr)

Umgang mit Armut in der Metropole Berlin. Der Wohlfahrtsstaat vor Ort seit der Weimarer Republik (Oliver Gaida)

TEIL 3: (Werk-)Biographische Zugänge

Für Volk, Freiheit, Menschenrechte und Vaterland in Deutschland und Europa – Jakob Venedey (1805-1971). Biographie eines Demokraten zwischen Napoleons Empire und Bismarcks Reich (Birgit Bublies-Godau)

Weimarer Frankreichkunde und Bonner Weltpolitik. Kontinuitäten und Brüche im Werk von Arnold Bergstraesser (Sebastian Liebold)

TEIL 4: Regionalgeschichtliche Zugänge

Schule und Demokratie im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik (Anne Friederike Otto)

Was blieb von Weimar? – Das Land Thüringen zwischen linksrepublikanischer Landesgründung, nationalsozialistischem Experimentierfeld und seinem Vermächtnis für die (wiedervereinigte) Bundesrepublik Deutschland (Timo Leimbach)

TEIL 5: Fortwirkungen Weimars in der frühen Bundesrepublik

„Geistige Erschöpfungskrise“ und ‚Notbau‘ – Geistes- und demokratiegeschichtliche Analysen der Weimarer Republik in Kulturzeitschriften nach 1945 (Marlen Arnolds)

Weltbürgerkrieg, Europäischer Bürgerkrieg, Deutscher Bürgerkrieg. Zur Stellung der Weimarer Republik in deutschen Geschichtsnarrativen (Thomas Schubert)

„Die Begeisterung allein macht es nicht.“ Die Schulungsarbeit der Weimarer Parteien und ihr Wirken in der Bundesrepublik (Ronny Nöak)

ABSCHLUSS (Andreas Braune)

Tagungsbericht *Die Weimarer Republik in der deutschen Demokratiegeschichte*. 21.08.2017–23.08.2017, Jena, in: H-Soz-Kult 19.09.2017.